



Witten im **AUF**bruch

Ihre Alternative Zeitung von **AUF Witten**

Ausgabe 1/2018

März 2018

Kein „weiter so“ - weder in Berlin noch in Witten!

Gespräch mit AUF-Vorstand:
Kein „Weiter so“ - weder
in Berlin noch in Witten!

S. 2/3

7 Jahre Fukushima
Atomausstieg sofort

S. 8/9

Gastbeitrag Courage
Frauen gemeinsam gegen
Abschiebung

S. 4/5

„Renaturierung“:
Abbau von
Lebensqualität

S. 10

Vonovia Mieterhöhungen
„Wir kämpfen, bis nichts
mehr geht!“

S. 11

Gastbeitrag
Widerstandslos
vergiften lassen?

S. 6/7

Letzte Seite
Infos, Termine
Spaß

S. 12

Gespräch mit dem Vorstand von *AUF Witten*. Kein weiter so, weder in Berlin noch in Witten



Dirk Adamczak

Dirk Adamczak prüft seit Jahren als Revisor die Korrektheit der Finanzen von *AUF Witten*. Von ihm kam, nach der erfolgreichen Jahreshauptversammlung Ende 2017, der Vorschlag, den wiedergewählten Vorstand von *AUF Witten* zu befragen, wie er den Auftrag der Mitglieder im Jahr 2018 umsetzen will. (Vorstandsmitglied Diana Vöhringer fehlt leider auf nebenstehenden Gruppenfoto wegen eines unvorhergesehenen Termins nach dem Interview)

? Turbulente Zeiten, davon dürfte die Kommunalpolitik nicht unberührt sein?

Romeo Frey (R.F.): Beim Verteilen unserer Zeitung, in Diskussionen auf der Montagsdemo, in persönlichen Gesprächen ist kaum jemand einverstanden mit einem Wirtschaftssystem, das alle Lebensfragen dem Profit von Großkonzernen und Banken unterordnet.

Nach dem Abgasbetrug von VW wundert das nicht. Nicht nur die Kumpanei



Romeo Frey

der Bundesregierung mit den Umweltverbrechern wurde sichtbar. VW hat auch der jeweiligen Landesregierung, ob SPD- oder CDU-geführt, **das Regierungsprogramm praktisch diktiert!**

Ein Spiel mit verteilten Rollen, das wir von der Kommunalpolitik kennen: Vertreter von CDU, SPD und Grüne tun sich vor Ort mit Protest gegen die Unterfinanzierung der Kommunen hervor. Und wissen genau, dass ihre eigenen Parteien in Bund und Land mit voller Absicht den kommunalen Reichtum abschöpfen und die Kommunen mit Gesetzen und Verordnungen in die Schuldenfalle treiben. Daran ändert auch der neue Koalitionsvertrag nichts, der z.B. eine jährliche Steigerung der Rüstungsausgaben und eine verstärkte militärische Präsenz der EU in aller Welt vorsieht.

Auch hat keine einzige der im Rat vertretenen größeren Parteien unsere seit

Jahren vorgebrachten **umweltpolitischen Enthüllungen und Forderungen aufgegriffen**. Die Verwaltung übt sich, egal was angesprochen wird, im Dreiklang **Vertuschen, Verharmlosen, Abwiegeln**.

? Wie sieht das konkret heute aus?

Diana Vöhringer (D.V.): Der in Witten industriell erzeugte **Feinstaub** wird sowohl von der Stadtverwaltung als auch von der Bezirksregierung Arnsberg **bewusst ausgeblendet**. Der Hauptemittent DEW, in dessen Aufsichtsrat die Bürgermeisterin ein schönes Nebeneinkommen kassiert, **wird vollständig aus der Schusslinie genommen**.

In einer Pressemitteilung haben wir auf die **besonders gefährliche Wechselwirkung** von industriellem Feinstaub und verkehrsbedingten Stickoxiden hingewiesen. Beim gekürzten Abdruck hat die WAZ-Lokalredaktion beim Leser den Eindruck entstehen lassen, *AUF Witten* interessierten die Stickoxide und Verbrechen der Automobilindustrie nicht. Als Höhepunkt bezeichnete sie uns gar als „linksextrem.“

Auf Dauer wird es aber nicht zu verhindern sein, dass unsere **konsequenten kommunal- und umweltpolitischen Positionen sowie die Kritik an der zerstörerischen kapitalistischen Profitmacherei** an Einfluss in der Bevölkerung



Diana Vöhringer

gewinnen. Vertuschen oder Verdrängen hat noch kein Problem gelöst.

? Welche Auswirkungen auf die Kommunalpolitik seht ihr durch die Ergebnisse der Bundestagswahl?

Ulrich Wagner (U.W.): Die Regierungsparteien von CDU und SPD wurden vom Wähler **regelmäßig abgestraft**.

Gleichzeitig konnte die nationalistische und rassistische AfD in den Bundestag einziehen. Unter anderem machen wir dafür die monatelange Linksextremismus-Kampagne verantwortlich sowie die ständige TV Präsenz der AfD bei allen Talkshows. Das wirkte wie eine Steilvorlage für ihre Wahlpropaganda.



Ulrich Wagner

In Witten hatte die AfD zwar keinen Direktkandidaten, erhielt hier aber 5.528 Zweitstimmen bzw. 10,04 %.

Dieses Ergebnis sowie die Tatsache, dass die Großindustrie in NRW mit der CDU/FDP ihre Wunschregierung erhalten hat, bleibt nicht ohne Konsequenzen für unsere Politik.

? Könnt ihr das näher ausführen?

R.F.: Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, die **soziale Demagogie der AfD** zu entlarven, ebenso wie ihre Rolle als **Wegbereiter für eine neofaschistische Massenbasis**. Das werden wir verbinden mit der Kritik am Rechtsruck der Landesregierung.

Unsere Positionen in der Kommunal- und Umweltpolitik sowie unsere Grundsätze für eine breite, überparteiliche Bewegung auf antifaschistischer Grundlage sind dafür bestens geeignet.

? Was wird AUF Witten dazu im Rat der Stadt Witten einbringen?

D.V.: Wir stimmen uns regelmäßig mit unserem Ratsmitglied Achim Czulwick ab, obwohl er durch einen komplizierten operativen Eingriff seit Oktober 2017 seine Aufgaben im Rat und in unserem Bündnis nicht mehr aktiv wahrnehmen konnte. Demnächst ist aber wieder voll mit ihm zu rechnen.



Achim Czulwick im Bundestagswahlkampf, Ende September 2017. Mehr dazu im AUFbruch Nr. 3-2017 unter www.auf-witten.de

Zur Beurteilung seiner Ratsarbeit hat er der Jahreshauptversammlung seinen Rechenschaftsbericht schriftlich vorgelegt. Die Mitgliederversammlung bestätigte einstimmig sein Mandat. Zum angesprochenen Thema schreibt er:

„Pro NRW nutzt im Rat jede Gelegenheit, um gegen die Flüchtlinge und Migranten zu hetzen. Das wird vom Rat einheitlich abgelehnt, die Mehrheit dreht sich um oder verlässt den Saal.“

Seiner Meinung nach reicht das auf dem Hintergrund des Aufkommens der AfD aber nicht aus. Diese Einschätzung teilen wir, faschistische, rassistische oder nationalistische Politik erledigt sich nicht von selbst. Wir begrüßen deshalb seine Absicht, sich dafür einzusetzen, dass sich im Rat ein breites politisches Bündnis formiert, das dieser Hetze aktiv entgegen tritt.

Dazu führt er weiter aus:

„Kein Flüchtling hat auf Gesetze und Verordnungen Einfluss gehabt, hat Gebühren erhöht oder Entscheidungen getroffen, dass die maroden Straßen und Brücken, Schulen und Kindergärten nicht saniert werden, der soziale

Wohnungsbau eingestellt wird oder dass die Steuern auf die Stromkosten den größten Teil des Preises für eine Kilowatt-Stunde ausmachen.“

? Das ist sicher ein wichtiger Bestandteil einer alternativen Kommunalpolitik?

R.F.: Die Entlarvung der sozialen Demagogie der AfD oder von Pro NRW ist kein Selbstzweck. Es geht ja darum, dass die Lebensinteressen der hier lebenden Menschen durchgesetzt werden und sich niemand durch Spaltungsmanöver davon abbringen lässt, für eine bessere Zukunft einzustehen.

Eine solche Zukunft sehe ich eindeutig nicht, wenn Nationalismus, Rassenhetze und Gewalt gegen Minderheiten die Oberhand gewinnen.

Auch wenn sich ein zunehmender Teil von Menschen von den etablierten Parteien zum Teil angewidert abwendet, bedeutet das ja noch lange nicht, dass sich ihre Probleme in Luft auflösen.

Unsere Alternative Kommunalpolitik, als überparteiliches Personenwahlbündnis, steht für ein neues Verständnis von Parlamentarismus.

Bei uns geht es nicht darum, dass die gewählten Vertreter stellvertretend für die Leute Politik machen.

Statt repräsentative Demokratie, die die Menschen nach dem Wahlgang von der Politik ausschließt, geht es uns um die Einheit von Ratsarbeit und Bewegung vor Ort.

? Wie kommt das an?

U.W.: Diese neue und andere Art und Weise, Politik zu machen, wird von den Etablierten nicht selten als unliebsame Konkurrenz, oft auch als Bedrohung ihrer Pfründe wahrgenommen.

Doch trotz aller Ausgrenzungsversuche sind wir immer offen für eine Zusammenarbeit an den Sachfragen. Dafür steht unser überparteilicher Charakter über Parteigrenzen hinweg. Jeder kann mitmachen, dem es um die Sache geht.

Keine Einheit mit uns aber gibt es für einen perspektivlosen Haushalt, etwa um einen Sparkommissar zu vermeiden. Sollen wir uns aus diesem Grund lieber selbst strangulieren?

Auch können wir die industriellen Umweltverbrechen und ihre Rückendeckung durch Verwaltung und Politik nicht tolerieren! Schluss mit dem Still-schweigen und untätigen Aussitzen von Umweltskandalen!

Unser Maßstab ist eine lebens- und lebenswerte Stadt! Dazu ist es notwendig, die Menschen zu gewinnen, sich für ihre Interessen selbst einzusetzen. Nur so sind wirkliche und positive Änderungen gegen die vorherrschende Umverteilungspolitik denkbar.

Ein „weiter so“ jedenfalls kann es nicht geben: weder auf Bundes-, Landes- noch auf kommunaler Ebene!



Eine selbstgestaltete Plakatwand aus dem Kommunalwahlkampf 2014 mit einer unserer zentralen Forderungen gegen die Umverteilung.

Aus eigener Kraft kommt Witten nicht aus der Schuldenfalle und viele notwendige Aufgaben bleiben auf der Strecke.

In NRW und bundesweit vernetzen sich alternative AUF Bündnisse, um diese Forderung durchzusetzen. Ein Etappenziel dabei ist ein alternativer Städtetag.

Gastbeitrag zum Internationalen Frauentag 2018

Frauen gemeinsam gegen Abschiebung

Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2018 veröffentlichen wir einen Gastbeitrag der Frauengruppe Courage e.V., Ortsgruppe Witten. Die Kundgebung dazu, an der sich auch AUF Witten beteiligen wird, findet am Samstag, 10. März von 11 – 13 Uhr am Berliner Platz statt. (d.Red.)



Der Frauenverband Courage Witten nahm im vergangenen Jahr den Tag gegen Gewalt an Frauen zum Anlass, gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik der etablierten Parteien zu protestieren.

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wird die bisherige Politik mit einer faktischen Obergrenze verschärft, kosmetische Änderungen im

Bereich Integration können das nicht vertuschen.

Die Liste sogenannter „sicherer Herkunftsländer“ für Abschiebungen wird erweitert. Selbst nach Afghanistan finden immer wieder Abschiebungen statt.

Das lehnen wir entschieden ab!

In Deutschland leben knapp 255.000 Menschen aus Afghanistan, bei mehr als der Hälfte laufen Asylverfahren. Die Anerkennungsquote sinkt seit Jahren, obwohl sich die Sicherheitslage verschlechtert hat.

2017 wurden nur noch 50 Prozent der Asylanträge genehmigt, 2015 waren es noch 77 Prozent.

Die Bundesregierung stellt sich auf den Standpunkt, dass es in Afghanistan sichere Regionen gäbe, wo man leben könne.

Welch ein Zynismus! Zu Recht spricht die Flüchtlingsbewegung Pro Asyl von einer Entrechtung afghani-

scher Flüchtlinge.

Die Situation in Afghanistan ist nicht sicher

Seit 17 Jahren herrscht Krieg in Afghanistan. Die islamische Republik wird beherrscht vom Terror der Taliban und Korruption der Regionalfürsten, die sich Machtkämpfe liefern.

Auch der Islamische Staat verübt verstärkt Terroranschläge.

Seit 2009 sind nach UN-Angaben mehr als 26.000 Zivilisten getötet und 49.000 verletzt worden.

Die seit 2001 dort stationierten 15.000 Soldaten der US-Armee und 1.000 Soldaten der Bundeswehr konnten die Lage nicht befrieden – im Gegenteil.

Heute kontrollieren die Taliban 30 Prozent des Staatsgebiets. 1,2 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht.



Herr und Frau Ansari mit den Kindern Kasim (11 J.- links), den Zwillingen Safa und Marwah (6 J. – Mitte), Zohal (10 J. - hinten), Naziyah (7 J.) Sie leben in Witten und haben Angst vor Abschiebung.

Unter der islamischen Herrschaft leiden Frauen und Mädchen besonders.

Nur 13 Prozent der Frauen in Afghanistan können lesen und schreiben – vielen ist der Zugang zu Schulen verwehrt.

Die Armut treibt viele Familien dazu, Mädchen schon mit 13 in eine Zwangsheirat zu geben.

Das Mindestheiratsalter ist 16 Jahre, aber 60 Prozent der Frauen werden verheiratet, bevor sie 16 sind.

In ländlichen Regionen herrscht Burka-Pflicht. **Frauen, die von ihren Männern misshandelt oder vergewaltigt werden und deshalb fliehen, sind rechtlos.** Sie werden wegen „moralischer Verbrechen“ verurteilt und landen im Knast.

Anfang letzten Jahres haben die Taliban wieder eine afghanische Frau zu Tode gesteinigt.

Familien leben in ständiger Angst vor Abschiebung

Auch in Witten sind Familien aus Afghanistan von Abschiebung bedroht.

Die Familie Ansari kam im August 2015 mit fünf minderjährigen Kindern nach einer wochenlangen Flucht über die Türkei, Griechenland, Serbien, Ungarn und Österreich nach Witten.

Sie ist geflohen, weil ihr Haus bei einem Bombenanschlag beschädigt und weil Herr Ansari – Inhaber eines Geschäfts für Frauenbekleidung - von den Taliban unter Druck gesetzt wurde.

Er sollte mit ihnen zusammenarbeiten – bis hin zur Unterstützung von Selbstmordattentaten.

Um sich dem zu entziehen, musste die Familie ihre Wohnung in Masar-i-Sharif und alles Hab und Gut zurücklassen. Alle Ersparnisse gingen für Visa und Flucht drauf.

Heute gehen die 5 Kinder in Witten zur Schule und sind schon gut integriert.

Die Eltern nehmen an Deutsch-Kursen teil, Herr Ansari bemüht sich um Arbeit.

2016 erhielt die Familie den Bescheid, dass ihr Asylantrag abgelehnt sei. Seither leben sie in ständiger Angst vor Abschiebung.

Die Aufenthaltsgestattung wurde im Dezember um 3 Monate verlängert.

Ab März ist also unsicher, wie es weitergeht. Diese Unsicherheit ist für die Familie sehr belastend.

Eine Rückkehr ist nicht möglich, weil die Familie – gerade auch weil sie schon mal geflohen ist - sofort wieder dem Terror der Taliban ausgesetzt wäre.

Diese Flüchtlingspolitik ist menschenverachtend! Wie die Familie Ansari sind viele Flüchtlinge aus Afghanistan und anderen Ländern davon betroffen. Wir fordern:

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Uneingeschränktes Asylrecht für alle Unterdrückten auf antifaschistischer Grundlage!

Dauerhaftes Bleiberecht für die Familie Ansari!

Wer diese Forderungen unterstützen will, kann bei der Unterschriftensammlung unterschreiben.

Dies ist z.B. auf der Kundgebung zum Frauentag am Samstag, 10. März, Berliner Platz von 11-13 Uhr möglich.

Die Listen liegen u.a. auch im Treff International, Bahnhofstr. 70, zur Unterschrift aus.

Buchempfehlung von Courage

Dieses Buch gibt nicht nur kaum bekannte Einblicke in den mutigen Kampf von Frauen aus 10 afrikanischen Staaten. Es dient auch zur Finanzierung der Weltfrauenbewegung.

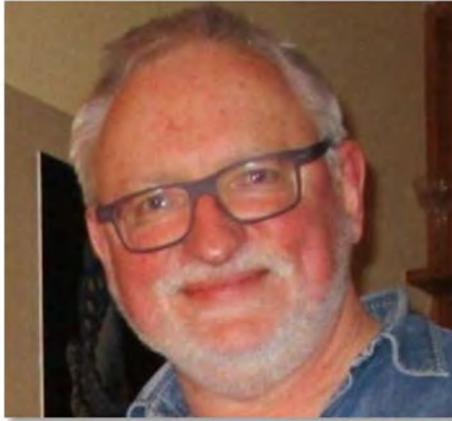


**INTERNATIONALER
FRAUENTAG
8. MÄRZ**



Widerstandslos vergiften lassen?

Seit längerem liefern wir Beweise für das komplette Versagen des öffentlich-rechtlichen Umweltschutzes. Vor allem im Umkreis des Edelstahlwerks wohnende Kinder werden gesundheitlich geschädigt. Entgegen der Grundannahmen im Luftreinhalteplan von Bezirksregierung und Stadt Witten, industrielle Emissionen seien zu vernachlässigen, sind diese zusammen mit den verkehrsbedingten Stickoxiden das umweltpolitische Hauptproblem in Witten. Die jüngsten Untersuchungen unseres Gastautors Wolfgang Seidel bestätigen dies aufs Neue (die Redaktion).



Wolfgang Seidel,
Bürger der Stadt Witten

Sie erinnern sich noch an die **Ruhrstraße mit der Stickstoffdioxidproblematik?**

Da hatte ja unsere Stadt die glorreiche Idee, mit einem **Luftreinhalteplan** als mögliche Abhilfe unter anderem die **Sperrung der Ruhrstraße und Umlenkung der Verkehrsbelastung auf benachbarte Straßen vorzusehen**. Also nach dem Prinzip, wenn man nicht an der Messstation am Burg Kino vorbeifährt, sinken dort die gemessenen Werte.

Unten sehen Sie die Grafik der städtischen Verkehrsplanung mit den angeordneten statistischen Verkehrsbelas-

tungswerten. Was würde das für die Anwohner bedeuten?

Am 12.01.2018 entstand folgende **ungewollte, aber praktische Versuchsanordnung** durch einen Verkehrsunfall auf der Ardeystraße, der zur Sperrung derselben und zu einer **beispielhaften Verkehrsmehrbelastung** in der Oberstraße führte.

Zwar verfüge ich nicht über einen NO₂ Passivsammler (bereits beantragt), aber durchaus über eine **hochmoderne, laserbasierende Feinstaubmessstation**, die minütlich misst.

Hier die Ergebnisse der Feinstaubbelastung in der Oberstraße während der Verkehrsumleitung:

PM 2.5 = 50 bis 60 µg/m³
PM 10 = 110 bis 140 µg/m³

An Silvester um Mitternacht mit extrem viel Feinstaub in der Luft waren die Werte zum Vergleich wie folgt:

PM 2.5 = bei 45 µg/m³
PM 10 = bei 80 µg/m³

Diese Einmalwerte liegen **um einiges unter den Werten durch die Umleitungsregelung**. Daran aber kann man ermesen, wie **unzumutbar eine entsprechende Verkehrsregelung wäre**. Jeder, der an Silvester draußen war,

kann bestätigen, dass man noch mehr auf Dauer nicht aushalten kann!

Die eindeutig verkehrsbedingten erhöhten Feinstaubwerte erhöhen die Aussagekraft der von uns schon vor Monaten gefundenen **erhöhten Feinstaubwerte in der Oberstraße zu Zeiten praktisch ohne Straßenverkehr und auch ohne vermehrten Hausbrand**. Sie können nur aus **industriellen Emissionen** stammen, entsprechend ihrem Anteil zu **rund 90 Prozent vom Edelstahlwerk**.

Je nach Windrichtung und Wetterlage sind diese Emissionen in ganz Witten anzutreffen.

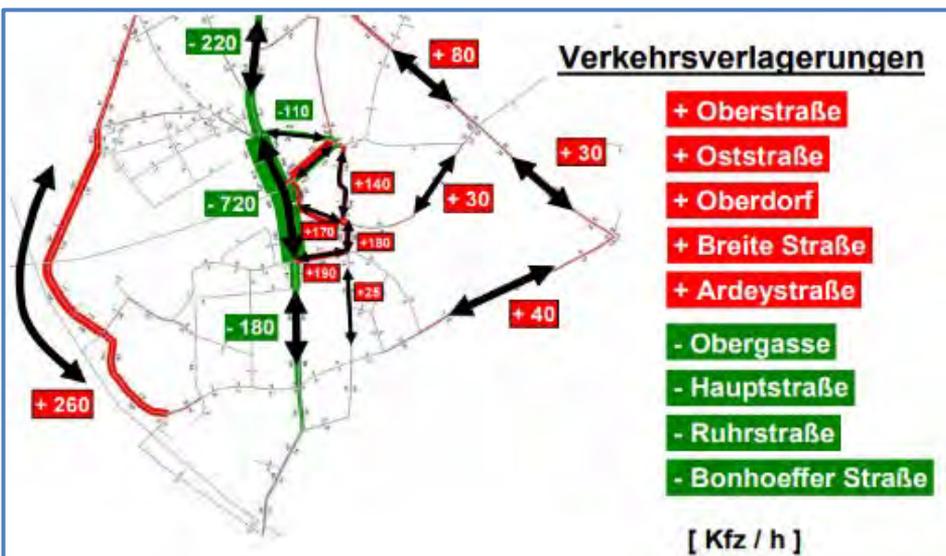
Zurück zu den Werten in der Ruhrstraße. **Diese wurden für 2017 noch nicht veröffentlicht**. Man hält sie, meiner Meinung nach, auch bewusst noch zurück, um ein Dieselfahrverbot oder sonstige Maßnahmen zu „umsegeln“. Obwohl das **LANUV*** die Werte noch nicht veröffentlicht hat, stuft das Umweltbundesamt Witten schon in die Kategorie der Städte mit einer wahrscheinlichen Überschreitung des Grenzwertes ein.¹⁾

Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang an den Anstieg des gemessenen Jahresmittelwertes in der Ruhrstraße von 42 auf 45 µg/m³ von 2015 auf 2016.

Jetzt könnte noch jemand einwenden, ich hätte „nur“ Feinstaub gemessen, keine Stickoxide – ein Vergleich von Äpfel mit Birnen.

Da hilft eine Studie aus dem Jahr 2013 über die **Kurzzeiteffekte von PM10** auf die täglichen Zahlen der **notfallmässigen Spitaleinweisungen und der Todesfälle** in 13 Regionen der Schweiz.²⁾

„**Vergleichbare Zusammenhänge wurden für die täglichen Todesfälle gefunden. Die Resultate unterschieden sich zudem nicht wesentlich, wenn NO₂ an Stelle von PM10 als Indikator der Luftschadstoffbelastung betrachtet wurde.**“



*) Landesamt für Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz –NRW

1) https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/dokumente/lq_2017_no2-ueberschreitungen_staedte.pdf

2) (http://www.in-luft.ch/pdf/weitere_berichte/kurzzeiteffekt_pm10_no2.pdf)

Weiter heißt es in der Studie:

„Gerade bei NO₂ konnten wir aber relativ starke Zusammenhänge mit der täglichen Mortalität beobachten.“

EU und Weltgesundheitsorganisation WHO planen seit längerem eine **weitere Verschärfung der Abgas-Grenzwerte.**

Das hat die Autolobby mit der Bundeskanzlerin an der Spitze bisher erfolgreich verhindert, noch nicht einmal die bestehenden Grenzwerte wurden eingehalten. Krass ausgedrückt wird weiter auf das sozialverträgliche, frühzeitige Ableben der Bürger gesetzt, was ja auch die Renten- und Pflegekosten reduzieren würde.

Bei der Überwachung der Emissionen von Stahlwerken sieht es auch nicht viel anders aus.

Angesichts der seit Jahren vorliegenden kritischen Überschreitungen der Grenzwerte wären hochmotivierte, gesundheitsprophylaktisch ausgerichtete Maßnahmen der Aufsichtsbehörden eigentlich normal. Zum Beispiel eine **Sonderfallprüfung nach der technischen Anweisung Luft (TA Luft).** Leider Fehlanzeige!

Immerhin erhält man, wenn auch auf mehrfaches Nachbohren, wenigstens Messwerte.

So habe ich beim **LANUV** aktuell mal wieder nachgefragt, was denn die Messwerte der Feinstaubmessstation WIM3 am Saalbau aus dem Jahre 2017 so ergeben haben.

Ich erhielt freundlicherweise eine Vorabversion der bisher vorliegenden Daten. (siehe rechts oben)

Die letzten 3 Zeilen habe ich zum Verständnis eingefügt, denn die Grenzwerte fehlten in der Aufstellung des LANUV. Sie sind entnommen aus dem Dokument **„Bewertungen für die TA Luft Nr.**

Digitel-Messungen in Witten-Mitte (WIM3)							
Diskontinuierliche Messung von Metallverbindungen im PM₁₀							
(Tagesmittelwerte)							
Probenahme Datum	PM10 µg/m ³	Blei µg/m ³	Cadmium ng/m ³	Nickel ng/m ³	Chrom ng/m ³	Arsen ng/m ³	Eisen µg/m ³
N	308	308	308	308	308	308	308
Max	68	0,04	0,9	131,7	199,6	2,6	2,34
Mittel	20	0,01	0,3	11,1	37,2	0,7	0,79
#TW > 50	4						
Grenzwert WKII			1,8	0,38	42	1,5	
Faktor zu Max			0,5	346,6	4,8	1,8	
Faktor zu Mittel			0,1	29,3	0,9	0,5	

5.2.7.1.1. Krebserzeugende Stoffe“ Texte 88/2015 vom Umwelt Bundesamt. ³⁾

Die Überschreitung um den **Faktor 29,3** beim ermittelten Jahresmittel von 11,1 ng/m³, bzw. um den **Faktor 346,6** als Maximum eines Tagesmittels von **131,7 ng/m³** bei **Nickel** bedeutet, **dass die Wahrscheinlichkeit für eine Krebserkrankung allein durch Nickel bei 10 bis 100 Wittenern pro Jahr liegen dürfte.**

Diese krassen Überschreitungen sind eindeutig ein Grund für eine Sonderfallprüfung nach der TA Luft!

Dass sich die Stahlindustrie aus Profitgründen dagegen wehrt, ist ein Verbrechen, muss uns aber nicht wundern.

Befremdlich aber ist es, wenn Behörden und verantwortliche Politiker **sich gegen eine Sonderfallprüfung sträuben und so dieses Umweltverbrechen decken.**

Die Umweltbehörde darf auch nicht jeden einzelnen Stoff für sich betrachten, sondern muss von der **Gesamtwirkung** auf den Menschen ausgehen. Bisher wird jedoch die **Wechselwirkung von Stickoxiden und schwermetallhaltigem Feinstaub** weder erfasst, noch systematisch untersucht.

Es ist aber als Tatsache anzusehen:

1. Die toxische, **das Leben verkürzende**

Wirkung ist im Gesamtpaket höher als die bloße Addition beider Schädigungen!

2. Bei beiden Schädigungen liegen die Hauptursachen nicht in einem Fehlverhalten der Masse der hier lebenden Menschen. Sondern **Automobil- und Stahlindustrie ordnen mit vollem Bewusstsein die öffentliche Gesundheit ihren Profiten unter.**

Schmolz + Bickenbach, Eigentümer von DEW, betrachtet in einer Firmenpublikation unsere Gesundheit als **Risiko**, das es zu minimieren gelte, um **„den Unternehmenswert kontinuierlich zu steigern“.** Für die Übernahme von **Asco Industries** wurden mit dieser Strategie eben mal **195 Millionen Euro** locker gemacht! ⁴⁾ Schmolz will sich also alles leisten, nur nicht unsere Gesundheit? **Sollen wir uns dafür weiter widerstandslos vergiften lassen?**

Nebenbei bemerkt ist es unsere Bürgermeisterin, die für einen Posten im Aufsichtsrat von DEW, ein ordentliches (Schweige-?) Geld erhält.

Wenn Sie weiterführende Erkenntnisse haben oder Vorschläge für gemeinsame Aktivitäten gegen diese Umweltverbrechen, machen Sie es doch so wie ich. Ich habe, obwohl kein Mitglied in *AUF Witten*, hier immer ein offenes Ohr gefunden.

Wir brauchen eine starke Bewegung in Witten!

Für eine bessere Luft zum Atmen!



Deutsche Edelstahlwerke Witten – sauber geht anders, ist aber nicht unmöglich!

³⁾ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_88_2015_bewertungen_fuer_die_ta_luft_krebserzeugende_stoffe.pdf

⁴⁾ <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-aktien/schmolz-bickenbach-ag.htm>

7 Jahre Super-GAU in Fukushima:

Atomausstieg sofort !

Die Atom-Katastrophe von Fukushima jährt sich zum siebten Mal. Dieser traurige Anlass erinnert uns an die zahllosen Opfer und auch daran, dass endlich ernsthafte Konsequenzen aus den Gefahren der Atomkraft zu ziehen sind!

Jeden Tag ist auch hier ein Super-GAU möglich! Sieben Uralt-Reaktoren sind in Deutschland noch am Netz, gefährden Leben und Umwelt und produzieren jeden Tag hochradioaktiven Atommüll, für den es nirgendwo auf der Welt einen sicheren Lagerplatz gibt. Trotz aller unkalkulierbaren Risiken ist Deutschland noch immer auf Platz 2 der Atomstromproduzenten in der EU. Das ist nicht nur eine bundespolitische Frage, sondern auch in Witten hochaktuell, wie Sie nachfolgend sehen werden.

Die Stadtwerke Witten verkaufen-Ökostrom. Solange aber in Deutschland Kern-, Kohle- und Gaskraftwerke ihren erzeugten Strom ins Netz einspeisen, kann aus der Steckdose kein reiner Ökostrom, sondern nur ein Mix aus verschiedenen Quellen herauskommen.

Man kauft nicht das, was auf der Verpackung steht – kennt man als Verbraucher schon aus anderen Zusammenhängen. Ein gängiges Geschäftsmodell, das auch unsere öffentlich-rechtlichen Stadtwerke praktizieren.

Nebenbei lenkt das Ökosiegel auch noch von der industriebhörigen Atompolitik der Bundesregierung ab!

Ein ähnliches Denkmuster erscheint, wenn auch nicht auf den ersten Blick, in einem ganz anderen Zusammenhang.

Als eine österreichische Firma per EU-Ausschreibung den Zuschlag für die Lieferung von Stahl für den Bau einer Rheinbrücke bekommt und dazu auch noch Stahl aus China verwendet statt hiesig erzeugten, kritisiert die IG Metall das in schärfsten Tönen. Vor allem deswegen, weil dieser chinesische Stahl ja bekanntlich subventioniert sei.

Dieser Stahl stammt aus Stahlwerken, die hier in NRW abgebaut und nach China exportiert wurden. Die Bosse kassierten den Verkaufserlös, die Malocher zahlten mit Verlust des Arbeitsplatzes.

Doch statt diesen Skandal immer wieder in Erinnerung zu rufen und den Stahlbossen dieses niemals zu vergessen, wird das Augenmerk gerichtet auf die Subventionen. Auch soll unser Stahl „sauber“ sein. Logische Folge dieser

Argumentation ist „gemeinsam mit Thyssen“ gegen die „bösen“ Chinesen.

Doch weder das Argument der Subventionen noch der Sauberkeit zieht wirklich:

Die IGM-Führung vergisst nämlich zu erwähnen, dass just unsere Stahlindustrie gemäß dem Sechszwanzigsten Subventionsbericht 2017 und 2018 jeweils pro Jahr 1 Mrd. EUR an Subventionen bezieht.

Nachzulesen unter: „Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen“¹⁾

Doch selbst großzügige „Strompreiskompensationen“ reichen unserem hiesigen Edelstahlwerk nicht.



Bild und Fotomontage AUF Witten

Schwarze Müllsäcke, prall mit verstrahlter Erde gefüllt, prägen die auf Jahrhunderte verseuchte Region um Fukushima. Ein GAU in Deutschland würde weit mehr Land vergiften als dort. Schwarze Halden überall! So könnte der Rathausplatz in Witten aussehen.

1) https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2018-08-23-subventionsbericht-26.pdf?__blob=publicationFile&v=2

DEW bezieht Billigstrom aus Frankreich, das heißt Atomstrom.

Daran soll sich nach Willen der Atom- und Stahlindustrie wohl so schnell nichts ändern. Denn Frankreichs Präsident Macron hat bereits eine Kehrtwende beim Atomausstieg angekündigt.

Außerdem bezieht DEW diesen Strom unter Nutzung der Stromautobahnen, deren Kosten der kleine Bürger trägt und nicht die Großindustrie.

Soviel zum Zusammenhang „sichere“ Arbeitsplätze, verstrahlte Menschen durch Atomkraft und industriehörige Politik.

Was viele nicht wissen. Die auch von der Bundeskanzlerin immer wieder beschworene Atomkraft als **Brückentechnologie**, ohne die weder die Klimaschutzziele noch die Energiewende geschaffen werden könnten, **ist schlichtweg falsch**. Was sie als Physikerin eigentlich wissen müsste. Also gelogen.

Die Atommeiler könnten nicht nur ohne große technische Probleme sofort vom Netz genommen werden. **Sie bremsen die Energiewende sogar aus**. Wenn in Deutschland Windräder stillstehen, liegt das immer häufiger nicht an der Wetterlage, sondern daran, dass Atomstrom das Netz verstopft.

Eine der am **stärksten überlasteten Leitungen der Republik ist die Höchstspannungsleitung entlang der Elbe: Windstrom von der Westküste Schleswig-Holsteins und aus den dort angebundenen Offshore-Windparks konkurriert hier mit dem Atomstrom aus dem AKW Brokdorf**. Dieses drosselt seine

Leistung selbst bei kräftigem Wind um maximal ein Drittel.

Deshalb wurde in Norddeutschland der Ausbau der Windkraft an Land weitgehend gestoppt. Stattdessen sollen alte Atomreaktoren noch bis 2022 weiterlaufen – trotz des Sicherheitsrisikos. **Gegen den Willen der Bevölkerung.**

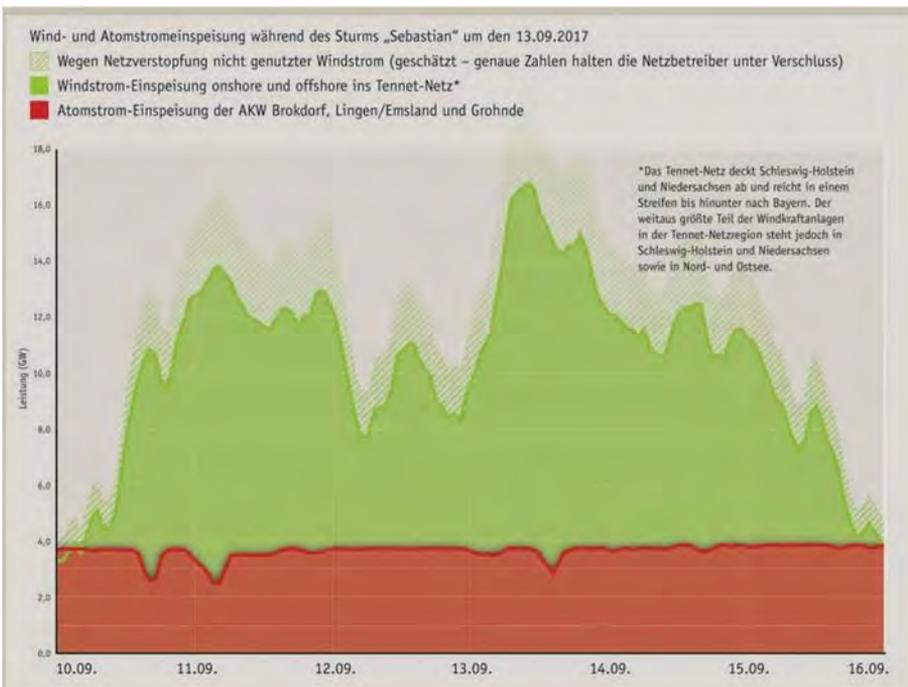
Würde dagegen auf die Abregelung des Ökostroms verzichtet, müsste das AKW Brokdorf sofort vom Netz genommen werden, um die Stromleitungen frei zu machen. Überdies wäre das auch billiger. So wurden allein 2016 bundesweit 373 Millionen Euro für die Abschaltung von Ökostrom ausgegeben.

Interessant ist das Echo von SPD-Bundestagsabgeordneten, die von Unterzeichner*innen der Aktion „Netzverstopfer“ auf das Problem hingewiesen wurden, dass Atomstrom die Erneuerbaren aus den Stromnetzen verdrängt, ihren Ausbau blockiert und somit letztlich die Energiewende lahmlegt.

Doch entgegen aller Lippenbekenntnisse zum Atomausstieg, wollen die Abgeordneten diesen „erst mal abwarten“ und sind nicht bereit, schon jetzt aktiv zu werden, um die Öko-Stromblockade durch AKW zu beenden.

Wie die ganzen Jahre zuvor wird es also auch 2018 nur Fortschritte geben, wenn die Menschen selbst aktiv werden.

(Informationen zu „Netzverstopfer“ sowie die Grafiken/Bilder sind entnommen von www.ausgestrahlt.de)



Warum Atomausstieg sofort



Für Atomstrom braucht man Uran, ein radioaktives Schwermetall, bei dessen Gewinnung Boden, Wasser und Luft vergiftet werden. Urananreicherung - nötig zur Herstellung von AKW-Brennelementen - bedeutet weitweiten Transport hochgiftiger, radioaktiver und waffenfähiger Materialien.



Schon im Normalbetrieb geben Atomkraftwerke Radioaktivität an die Umwelt ab. Diese Strahlung ist schon in geringen Dosen gesundheitsschädlich. Im Umkreis von Atomkraftwerken ist die Krebsrate bei Kindern deutlich erhöht.



Ein Super-GAU wie bei Tschernobyl oder Fukushima kann sich jeden Tag wiederholen, bedroht Millionen von Menschen und macht riesige Gebiete auf Dauer unbewohnbar. Das Risiko eines schweren Unfalls nimmt mit steigendem Alter der Atomanlagen zu.



Die sichere Verwahrung von Atom Müll für Hunderttausende von Jahren ist weltweit völlig ungelöst. Niemand weiß, was mit dem hochgiftigen Hinterlassenschaften passieren soll. Die sogenannte "Wiederaufarbeitung" abgebrannter Brennelemente vergrößert den strahlenden Müllberg zusätzlich.



Die zivile Nutzung von Atomkraft liefert das Material für den Bau von Atombomben. Atomkraftwerke, Forschungsreaktoren, Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungsanlagen sind immer auch ein von Staaten bewusst gewählter Weg, militärische Atomprogramme zu kaschieren.

Quelle: www.ausgestrahlt.de

“Renaturierung” des Borbach: Abbau von Lebensqualität!



Andreas Bremer

Mitglied von *AUF Witten*

Die Zeiten, dass man mit der Familie einen Sonntagsspaziergang zu den 3 Teichen im Buchenholz unternahm, sind unwiderruflich vorbei.

Unter dem Vorwand der **Renaturierung** hat die Stadt Witten dieses idyllische Erholungsgebiet wegrationalisiert. Aber nicht nur die Teiche, sondern auch der Damm, der früher Kermelberg mit Ardeystraße verband, ist verschwunden.

Hier klafft nun ein großes Loch, und nicht nur Ältere und Gehbehinderte stehen nun vor einem unüberwindbaren Hindernis. Der Unmut der Bevölkerung ist groß!

Die Stadtverwaltung erwägt nun, eventuell eine **Brücke über die Borbach** an dieser Stelle zu errichten. Dadurch könnte jedoch die genehmigte Förderung durch öffentliche Mittel in Höhe von 250.000 € gefährdet sein, sodass alles

zu einem unübersichtlichen Langzeitprojekt zu werden scheint; **allerdings völlig überflüssig, hätte man sich rechtzeitig um die Erhaltung der 3 Teiche gekümmert!**

Die Belastung des Damms war nie gravierend und der Rückbau völlig unnötig, auch weil jetzt logischerweise keine Wassermassen des ehemaligen größten Teichs mehr dagegen drängen.

Stichwort Fördergelder: Ist es nicht sehr fragwürdig, dass die **Entschlammung** der Teiche **nicht**, wohl aber die Zuschüttung finanziell gefördert wird?

In anderen Gegenden werden neu geschaffene Feuchtbiootope mit hohen Kosten subventioniert, in Witten werden sie zugekippt - ein typisches Beispiel welchen Stellenwert die Natur bei Wittens "Oberen" einnimmt!

Wenn sich unsere, aus Essen zuge-reiste Bürgermeisterin, mehr mit Wittens Geschichte befasst hätte, könnte sie vielleicht den Unmut der Witterer besser verstehen, und hätte sich mehr für den Erhalt der Teiche eingesetzt...

So sehr sich auch das Mitglied des Ausschusses für Umweltschutz Klaus Wiegand darüber freut, dass sich die Borbach **jetzt einen natürlichen Weg durch das Gelände gesucht hat**, (dies war übrigens vorauszusehen, denn irgendwo muss das Wasser ja bleiben)



desto weniger kann diese Freude von den meisten Spaziergängern geteilt werden. Der Weg des Baches kreuzt nun mehrfach den Gehweg und es ist somit ein **Balanceakt diese Gehwegüberschwemmungen auf wackeligen Steinen zu überwinden!**

Die ganze Renaturierungsaktion ist also ein einziges Ärgernis und ein tief eingreifender Einschnitt in die Natur.

Aber mit der Erhaltung der Natur hat die Stadt ohnehin nichts im Sinn (siehe an anderer Stelle "Lockerung der Baumschutzsatzung")

An allen Ecken kreischt die Motorsäge, Land wird versiegelt zu Gunsten von immer mehr Bebauung.

Erst kürzlich wurde die Bevölkerung davon in Kenntnis gesetzt, dass wegen der Erweiterung der Pferdebachstraße mal eben **270 (!) Bäume gefällt werden "müssen"** - natürlich alternativlos!

Kurze Zeit später erfährt der Steuerzahler, dass auch an der Crengeldanzstraße und weiter Richtung Bochum **122 Bäume der Säge zum Opfer** fallen.

Als Grund wird hier die Erweiterung der Straßenbahnlinie 310 angegeben.

Merkwürdig - jahrzehntelang hat unter den gegenwärtigen Umständen alles bestens funktioniert.

An der Stadtgrenze zu Bochum an der Baroper Straße hat der Kahlschlag bereits stattgefunden.

So könnte man die Liste der gezielten Umweltzerstörung endlos fortsetzen - was zählt, ist nur noch der Profit!

Weitere Umwelt- und Klimakatastrophen sind somit vorprogrammiert!



Nach der Renaturierung – kein Durchkommen mehr

Gegen Profitoffensive des Wohnungskonzerns Vonovia:

„Wir kämpfen, bis nichts mehr geht!“

In Heven gibt es Widerstand! Mieter in Heven haben sich mit dem größten deutschen Wohnungskonzern, Vonovia, angelegt. Dieser will längst fällige Instandsetzungen unter dem irreführenden Begriff der Modernisierung für eine kräftige Mietanhebung nutzen. Wir haben uns zu den Hintergründen etwas umgehört ...*)

5,2 Milliarden Euro - Deal

In der WAZ vom 7.2. stand eine kleine Randnotiz:

Deutschlands größter Immobilienkonzern Vonovia hat alle kartellrechtlichen Hürden genommen und übernimmt für 5,2 Milliarden Euro den österreichischen Wohnungskonzern Buwog.

In 100 Euro Noten hätte die Summe ein Gewicht von 51 Tonnen, als Geldstapel wären die Hunderter insgesamt 5,2 km hoch.

Wenn Vonovia diese Summe aus der laufenden Geschäftstätigkeit erzielen will, müssen schon sehr viele Mieter schon sehr kräftig zur Kasse gebeten werden. Genau das ist bei den Witterner Wohnungen von Vonovia der Fall!

Beispielsweise verlangt die Wohnungsgenossenschaft Witten-Mitte nach besseren Modernisierungen 5,60 €/m² bzw. 5,90 €/m² (mit Bad) und erwirtschaftet dabei Gewinne für eine Dividende von 4 %.

Vonovia dagegen will die Quadratmeterpreise von derzeit 5 € auf 7,36 € anheben!

Nach dem heutigem Mietspiegel würden die Mittelwerte nach Modernisierung zwischen 5,43€/m² und mit Balkonerweiterung und Badmodernisierung höchstens bei 6,08 €/m² liegen.

Für etliche Mieter sind diese vorgesehenen Erhöhungen schlicht unbezahlbar. Langjährige Mieter würden verdrängt, gute Nachbarschaften zerschlagen, ein Teil würde abhängig von Sozialleistungen und das Mietniveau würde gerade im wichtigen preiswerten Bereich angehoben.

Als Folge würden auch auf die Stadt Witten erhebliche Steigerungen der Kosten für Unterkunft nach Sozialgesetzbuch II und XII zukommen.

Beeindruckende Protestkundgebung am 29.1.

Um auf diese Sachlage aufmerksam zu machen und den Rat der Stadt zu einem politischen Signal gegen Mietpreistreiberei zu bewegen, hat der Mieterverein zusammen mit den betroffenen Mietern eine beeindruckende Protestkundgebung vor dem Rathaus auf die Beine gestellt.

Parallel dazu hat der Verein im Stadt-

rat einen Bürgerantrag eingebracht für „sozialverträgliche Modernisierungen“.

Es soll letztlich verhindert werden, dass überfällige Instandsetzungen als Modernisierung ausgegeben und dafür dann überzogene Mieterhöhungen verlangt werden. **Für weniger Leistung mehr Miete** – dieses Geschäftsmodell börsennotierter Wohnungskonzerne wird angegriffen.

Auf der Kundgebung meldeten sich mehrere Ratsvertreter und auch die Bürgermeisterin zu Wort. Alle beteuerten ihre Sympathie mit dem Anliegen der Protestierenden. Nur die Fraktionen der Linken und Piraten wollten den Bürgerantrag im Rat unverändert zur Abstimmung stellen. Vorstandssprecher Romeo Frey von AUF Witten unterstützte das ausdrücklich, unter großem Beifall. Denn die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben, hilft den Mietern nicht.

Letztlich hat der Rat mehrheitlich der Behandlung dieser Angelegenheit an einem **runden Tisch** zugestimmt und die **konkrete Abstimmung über den Bürgerantrag somit umgangen.**

Ob damit auch die Interessen der MieterInnen umgangen werden, wird sich zeigen.

Die Sprecherin des Mieterrates Pia Runge jedenfalls sagte unter Beifall, **„Wir kämpfen, bis nichts mehr geht“.**

Auch unter anderen Mitstreitern war Skepsis zu hören, dass die Politiker plötzlich alle auf ihrer Seite stehen. Eine ältere Dame: „wir haben schon fast zwei Jahre den Kampf hier, und noch kein einziges Mal hat sich die Bürgermeisterin bei uns blicken lassen.“

Immerhin soll im April der besagte runde Tisch stattfinden. Sicher eine Reaktion auf die Kampfbereitschaft und Organisiertheit der MieterInnen-Bewegung.

Sie sollten sich von diesem erfolgreichen Weg nicht abbringen lassen.



Kundgebung der MieterInnenvereins am 29.1. vor dem Rathaus

*) Alle Zahlenangaben zu Wittener Mietpreisen entnommen aus einem Informationsblatt des MieterInnenvereins

Treffs und Termine

Do., 8. März:
Internationaler Frauentag

Sa., 10. März, 11-13 Uhr:
Kundgebung zum Intern. Frauentag
Berliner Platz

So., 11. März:
Jahrestag Super GAU Fukushima

Di., 1. Mai, ab 11 Uhr
Kundgebung vom DGB, Rathausplatz

Rätsel:
Auflösung unter www.auf-witten.de
ab 8.3.18

Zuschriften für AUFbruch Nr. 2-2018 bitte bis Sa., 16.6.17 an die unten stehende Adresse

Kleingehaltene Themen

Themen, die in Witten verharmlost oder verschwiegen werden

E	H	E	I	S	S	T	R	A	N	S	P	O	R	T
Y	R	S	G	X	S	I	M	C	D	D	W	P	G	B
G	M	T	Z	J	C	B	H	B	D	A	M	G	I	H
R	E	I	A	H	H	F	P	L	I	L	O	B	F	A
E	L	C	U	M	U	L	A	F	E	J	N	N	T	R
N	U	K	F	H	L	M	B	E	S	C	T	L	M	T
Z	M	O	W	Z	D	C	R	I	E	C	A	D	U	Z
W	T	X	I	J	E	G	U	N	L	S	G	W	E	G
E	Q	I	T	O	N	P	V	S	S	B	S	F	L	E
R	H	D	T	R	S	E	D	T	K	T	D	F	L	S
T	O	E	E	Z	C	M	K	A	A	L	E	V	T	E
E	I	G	N	G	H	Q	K	U	N	U	M	C	X	T
O	F	Z	W	H	N	A	U	B	D	P	O	X	Z	Z
B	Q	X	H	N	I	A	H	D	A	D	Y	C	S	E
J	G	C	T	H	T	Q	Q	H	L	R	U	W	I	C

Finde die folgenden Wörter:

- 1) FEINSTAUB 2) STICKOXIDE 3) SCHULDENSCHNITT
- 4) DIESELSKANDAL 5) GIFTMUELL 6) AUFWITTEN
- 7) GRENZWERTE 8) HEISSTRANSPORT 9) MONTAGSDemo
- 10) HARTZGESETZE

Bilderrätsel: Was ist das?



Sudoku

4	1			6	5			7
		6			7	4	8	
2		7	4	9				6
	6			7		1		
3		1	5				7	2
	9			4	2	3		8
1		8	6				2	9
	2			1	8	6	4	
6			3				1	

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de
Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de